



tbb fordert sofortige Maßnahmen der Landesregierung für
Verlängerung der Homeoffice-Möglichkeit angesichts der exorbitanten
Energiepreisentwicklung

Landesgeschäftsstelle

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521
Telefax: 0361.6547522
E-Mail: webmaster@dbbth.de
www.thueringer-beamtenbund.de

Erfurt, 14. März 2022

Belastungen für Beschäftigte abfedern

Zum 20. März 2022 endet die Homeoffice-Verpflichtung. Nicht nur aus Gründen des Gesundheitsschutzes, sondern auch mit dem Ziel der Reduzierung von **Pendlerkosten** für die Beschäftigten wäre es aus Sicht des Thüringer Beamtenbunds (tbb) ein erster Schritt, die Möglichkeit zum **Homeoffice weiter fortzuführen** und dabei möglichst schnell eine dauerhafte für alle Seiten zielführende Homeoffice-Regelung im öffentlichen Dienst in Thüringen zu finden. Jedem Beschäftigten sollte fortführend das Arbeiten im Homeoffice gewährt werden. Homeoffice und Telearbeit haben sich bewährt und ermöglichen nicht nur in pandemischen Zeiten die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dies wäre eine gute Entscheidung. Ökologisch, ökonomisch und sozial.

Angesichts der mittlerweile explodierenden Verbrauchskosten für Energie und Treibstoffe fordert der tbb die Landesregierung zu einem sofortigen und entschiedenen Handeln auf. Landesvorsitzender Frank Schönborn verweist dabei auf die dringend erforderlichen **Änderungen im Thüringer Reisekostenrecht**: „Eine Vielzahl unserer Kolleginnen und Kollegen wird vom Dienstherrn direkt oder indirekt veranlasst, zur Dienstausübung und Aufrechterhaltung des Außendienstes für ausschließlich dienstliche Fahrten ihren privaten PKW zu nutzen. Dabei legen unsere Beschäftigten aufgrund der Entwicklungen für Treibstoff mittlerweile auch noch erheblich drauf. Die Absicherung von Dienstgeschäften und notwendige Dienstreisen dürfen nicht den einzelnen Beschäftigten auferlegt werden. Wenn dieser Entwicklung seitens der Thüringer Politik nicht umgehend mit Maßnahmen wie z.B. Homeoffice in der Landesverwaltung und Änderung Thüringer Reisekostengesetz begegnet wird, sieht der tbb die dringend benötigte **Funktionsfähigkeit und Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes erheblich gefährdet**. Die Gespräche mit der Landesregierung laufen.

Dazu kommen die spürbaren finanziellen Belastungen des täglichen Weges zur Arbeit! Ein deutliches Anheben der Kilometerpauschale ist unerlässlich. „Sonst werden Befürchtungen wahr, Beschäftigte zu verlieren, die sich die tägliche Fahrt an eine weite Arbeitsstelle (oder sogar nur im Interesse des Dienstherrn, als Grundlage, dass sie überhaupt ihrer originären Arbeit nachgehen), nicht mehr leisten können und hierfür lokale Stellenausschreibungen in der freien Wirtschaft bevorzugen“, so Schönborn. Hier muss sich Thüringen unbedingt zeitnah für eine Änderung der **Pendlerpauschale** einsetzen.

Die verheerenden Ereignisse in der Ukraine mit den anstehenden Kriegsflüchtlingsströmen, den erlebten Personalabbau der letzten Jahre sowie die anhaltenden, erhöhten Belastungen der Beschäftigten in der Corona-Pandemie muss der öffentliche Dienst in Thüringen auch stemmen können. Jedes „mehr“ an Strapazierung geht zu Lasten der Gesundheit und des Arbeitsschutzes. Hinsichtlich des akuten Personalmangels in unseren Dienststellen raten wir für ein sofortiges Abfedern der Belastungen. Andernfalls wird der öffentliche Dienst in Thüringen nicht attraktiver!

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben die Wertschätzung durch die Landesregierung Thüringen verdient.